

1e-Kassen

Neue Kaderpläne unter der Lupe

Die Direktaufsichtsbehörden haben in Abstimmung mit der Oberaufsichtskommission und dem Bundesamt für Sozialversicherungen betreffend 1e-Kassen eine Praxis entwickelt. Eine Standortbestimmung.

IN KÜRZE

Von der Gründung über die Risiken bis zu den Reglementen: Worauf achtet die Aufsicht bei 1e-Vorsorgeeinrichtungen?

Vorsorgeträger von 1e-Plänen können als Vorsorgeeinrichtungen im üblichen Verfahren gegründet werden. Möglich ist auch eine Transformation einer bestehenden Vorsorgeeinrichtung. Dies bedingt eine Anpassung ihres Stiftungszwecks, der ausschliesslich die Vorsorge gemäss Art. 1e BVV 2 umfassen darf. Bei der Transformation in eine Sammeleinrichtung achtet die Aufsichtsbehörde speziell darauf, dass dadurch die strengeren Gründungsvoraussetzungen nicht umgangen werden.

Wie bei anderen Vorsorgeeinrichtungen legt der Stiftungsrat auch bei 1e-Vorsorgeeinrichtungen die strategischen Ziele, die Grundsätze und die Organisation fest. Er beraumt das Finanzierungssystem, die Leistungsziele und Vorsorgepläne sowie den Versichertenkreis an. Dazu beschliesst der Stiftungsrat das Vorsorgereglement und die 1e-Vorsorgepläne, die Anlagestrategie und das Anlagereglement sowie die Organisationsbestimmungen. Diese Grundlagen werden standardmässig der Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt.

1e-Vorsorgeeinrichtungen tragen in aller Regel keine versicherungstechnischen Risiken, weisen folglich einen konstanten Deckungsgrad auf und haben keinen technischen Zinssatz zu berücksichtigen. Wenn der Pensionsversicherungsexperte dies bestätigt, kann auf die Erstellung eines Rückstellungsreglements verzichtet werden.

Ein Teilliquidationsreglement ist grundsätzlich zu erstellen und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzureichen, denn das Gesetz sieht keine Ausnahme zu Art. 53b BVG vor. Da 1e-Einrichtungen in der Regel aber keine kollektiven Mittel ausweisen und auch keine Unterdeckung entstehen kann, wird es in der Praxis weder zu einer Mittelverteilung noch zu einer Anrechnung eines Fehlbetrags kommen.

Die Anlagevorschriften und Grundsätze des BVG und der BVV 2 gelten auch für 1e-Vorsorgeeinrichtungen. Insbesondere gilt dies für die Sorgfalt bei der Vermögensanlage, die Beurteilung der Sicherheit in Würdigung der Aktiven und Passiven, den Grundsatz der angemessenen Risikoverteilung, genügende Liquidität sowie genügenden Ertrag. Die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten gilt mit Einschränkungen: 1e-Kassen dürfen nur ungesicherte Anlagen und Beteiligungen beim Arbeitgeber bis maximal 5 Prozent des Vermögens halten. Es ist keine Erweiterung möglich. Die Aufsichtsbehörde prüft die Anlagereglemente, die Anlagestrategien und insbesondere das formelle Bestehen einer risikoarmen Anlagestrategie sowie im Rahmen der Jahresberichterstattung die Einhaltung der Anlagevorschriften.

Bestehende 1e-Einrichtungen dürfen auf den FZG-Schutz erst verzichten, wenn sie eine risikoarme Anlagestrategie anbieten.

Versichertenkollektiv und Anschluss

Der Arbeitgeber vereinbart mit der 1e-Vorsorgeeinrichtung den Anschluss und definiert das Kollektiv der im 1e-Plan zu versichernden Arbeitnehmer. Die Versicherten haben also keine Wahl, ob sie in der 1e-Vorsorgeeinrichtung versichert werden oder ob sie im bisherigen Umfang in der bisherigen Vorsorgeeinrichtung versichert bleiben. Die Abgrenzung erfolgt nach objektiven Kriterien, wobei neben der gesetzlich vorgegebenen Mindestlohnhöhe in der Regel die Funktion im Betrieb zugrunde gelegt wird. Der Arbeitgeber entscheidet nicht nur darüber, welche Personenkategorien im 1e-Vorsorgeplan zu versichern sind, er kann auch Ausnahmen dazu festlegen. So können beispielsweise Personen, die bei Beginn der 1e-Unterstellung kurz vor der Pensionierung stehen, von der Versiche-



Tristan Imhof

lic. iur., Rechtsanwalt,
Leiter Recht,

BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich

zung im 1e-Plan ausgenommen werden, zumal sie bei einem Anlageverlust das bisherige Vorsorgeniveau nicht mehr erreichen könnten. In diesen Fällen muss der Vorsorgeplan ein Höchstalter vorsehen, bis zu dem eine Aufnahme erfolgt.

Die 1e-Einrichtung muss die versicherten Personen angemessen über die finanziellen Risiken aufklären, über die verschiedenen Anlagemöglichkeiten beraten, vor übereilten Entscheiden warnen und ausdrücklich auf die Kosten hinweisen. Die versicherten Personen müssen den Erhalt der Information schriftlich bestätigen. Dies beurteilt die Revisionsstelle im Rahmen ihres Prüfungsauftrags und die Aufsichtsbehörde bei der Prüfung der Rechtsgrundlagen.

Grundprinzipien und 1e-Expertenbestätigung

Die Grundprinzipien der beruflichen Vorsorge sind auch von 1e-Kassen einzuhalten.

Das Kollektivitätsprinzip muss insbesondere bei der erwähnten Abgrenzung des zu versichernden Kollektivs sowie bei der Wahl der Anlagestrategien und der Vorsorgepläne eingehalten werden. Pro Vorsorgewerk dürfen höchstens zehn Anlagestrategien angeboten werden. Weiter darf das Guthaben einer Person nicht auf mehrere Anlagestrategien aufgeteilt werden. Alle Versicherten eines Kollektivs müssen dieselben Anlagestrategien wählen können. Das Ergebnis

einer Anlagestrategie wird unter den Versicherten der Strategie aufgeteilt.

Die Verordnung definiert, wie die Angemessenheit bei 1e-Plänen trotz schwankender Erträge gemessen und kontrolliert werden kann und dass dieser Grundsatz bei der Ausgestaltung der Einkaufstabelle ohne Aufzinsung zu berücksichtigen ist. Wer einen 1e-Vorsorgeplan hat, ist grundsätzlich auch in einem Basisplan versichert. Es muss also immer die Angemessenheit bei mehreren Vorsorgeverhältnissen beachtet werden, unabhängig davon, ob in den Vorsorgeplänen gleiche Lohnteile versichert werden oder ob keine Überschneidungen bestehen. Weiter sind auch die Planmässigkeit sowie die Gleichbehandlung einzuhalten, insbesondere innerhalb der einzelnen Kollektive. Schliesslich gilt auch bei 1e-Plänen das Versicherungsprinzip, wonach minimale Leistungen im Fall von Tod und Invalidität zu erbringen sind. Diese Risiken werden hingegen regelmässig rückgedeckt. Die 1e-Altersleistungen werden in der Praxis in Kapitalform erbracht, mit der Folge, dass das Langlebkeitsrisiko entfällt.

Der Pensionsversicherungsexperte hat die Einhaltung der Grundsätze in einer spezifischen 1e-Expertenbestätigung zu erklären, denn einige Angaben sind von der Standard-Expertenbestätigung abweichend. Wie bei anderen Vorsorgeeinrichtungen hat er regelmässig ein versicherungstechnisches Gutachten zu erstellen. Darin bestätigt er, dass die reglementarischen versicherungstechnischen Bestimmungen über die Leistungen und die Finanzierung mit den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmen.

Übertragung und FZG-Schutz

Schliesst sich ein Arbeitgeber einer 1e-Vorsorgeeinrichtung an, verbleiben die 1e-Versicherten mindestens für den Lohn bis zur Sicherheitsfondsgrenze bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung weiterhin versichert. Die Neuversicherung in der 1e-Kasse hat also keinen Freizügigkeitsfall zur Folge, auch wenn ein Teil des bisherigen Altersguthabens auf die 1e-Kasse übertragen wird. Nach der Übertragung untersteht dieses Altersguthaben nicht mehr der Mindestgarantie gemäss Art. 15 bis 17 FZG.

Betragsmässig können nur jene Altersguthaben in den 1e-Plan übertragen

werden, die in der bisherigen Vorsorgeeinrichtung einen vollen Einkauf in die reglementarischen Leistungen gemäss bestehendem Vorsorgeplan übersteigen, basierend auf dem neu in der bisherigen Vorsorgeeinrichtung versicherten Lohn.

Bietet die 1e-Vorsorgeeinrichtung eine risikoarme Anlagestrategie an, muss sie keinen FZG-Schutz gewähren, und zwar weder auf dem dort neu geäußerten noch auf dem in die 1e-Kasse eingebrachten Altersguthaben. Ein späterer Austritt eines Versicherten aus der 1e-Einrichtung gewährt diesem folglich keine Mindestgarantie gemäss FZG.

Das Gesetz sieht drei Teilliquidations-tatbestände vor, die auf den Personalbestand abstellen und laut Bundesgericht abschliessend sind (vgl. BGE 138 V 346 E.6.1; BGE 136 V 322 E.8.2). Diese Tatbestände können durch ein Kriterium, das auf die Übertragung von Altersguthaben abstellt, lediglich ergänzt werden. Die Übertragung von exzedenten Altersguthaben auf eine 1e-Einrichtung löst bei der übertragenden Vorsorgeeinrichtung also keine Teilliquidation aus. Reicht eine Vorsorgeeinrichtung bei ihrer Aufsichtsbehörde ein mit einem solchen Tatbestand ergänztes Teilliquidationsreglement ein, kann der entsprechende Passus nicht genehmigt werden.

Da es sich bei der Übertragung von Altersguthaben auf eine 1e-Einrichtung nicht um eine Teilliquidation handelt, ist auch eine Übertragung von Wertschwankungsreserven und technischen Rückstellungen nicht angezeigt. Diese Mittel verbleiben folglich in der bisherigen Vorsorgeeinrichtung.

Bei der abgebenden Vorsorgeeinrichtung kann die Übertragung von exzedenten Altersguthaben eine Reduktion der Risikofähigkeit zur Folge haben, da sich dadurch sowohl der Anteil der obligatorischen zu den überobligatorischen Altersguthaben als auch der Anteil der Rentendeckungskapitalien zu den Aktiven-Altersguthaben erhöht. Die in der Vorsorgeeinrichtung verbleibenden technischen Rückstellungen und Reserven können diese reduzierte Risikofähigkeit etwas abfedern. Dies entbindet die abgebende Vorsorgeeinrichtung allerdings nicht von ihrer Pflicht, ihre Anlagestrategie zu überprüfen. Ihr Experte hat die finanzielle Sicherheit zu überprüfen und zu bestätigen. |

Die neue Ausgangslage

Seit dem 1. Oktober 2017 kann eine 1e-Vorsorgeeinrichtung den austretenden Versicherten den effektiven Wert ihres Vorsorgeguthabens mitgeben, selbst wenn die Anlage zu einem Verlust geführt hat. Voraussetzung dafür ist, dass die Einrichtung:

- als separater Rechtsträger aufgestellt ist;
- ausschliesslich Löhne über dem andert-halb-fachen oberen Grenzbetrag (nachfolgend Sicherheitsfondsgrenze, derzeit CHF 126 900) versichert;
- unterschiedliche Anlagestrategien zur Wahl anbietet, wovon mindestens eine Strategie als risikoarm ausgestaltet sein muss. Darüber hat sie ihre Versicherten ausreichend zu informieren.

Bestehende 1e-Vorsorgeeinrichtungen müssen ihre Reglemente und Anlagestrategien bis Ende 2019 an die neuen Bestimmungen anpassen.

Caisses 1e

Les nouveaux plans pour cadres sous la loupe

Les autorités de surveillance directe ont développé une pratique pour les caisses 1e d'entente avec la Commission de haute surveillance et l'Office fédéral des assurances sociales. Eclairage.

La création d'institutions de prévoyance chargées d'exécuter des plans 1e peut suivre la procédure classique. Il est également possible de transformer une institution de prévoyance existante. Il faudra alors adapter le but de la fondation qui doit exclusivement englober la prévoyance selon art. 1e OPP 2. Lors de la transformation en une institution collective, l'autorité de surveillance veille tout particulièrement à ce que les conditions de constitution plus sévères ne soient pas contournées par ce biais.

Comme dans toute autre institution de prévoyance, c'est le conseil de fondation qui définit les objectifs stratégiques, les principes et l'organisation d'une institution 1e. Il fixe le système de financement, les objectifs de prestation et les plans de prévoyance, ainsi que le cercle des assurés. En plus, le conseil de fondation statue sur le règlement et les plans de prévoyance 1e, la stratégie de placement et le règlement de placement, ainsi que le règlement interne. Ces bases sont systématiquement soumises à l'autorité de surveillance pour contrôle.

Comme les institutions 1e ne supportent normalement aucun risque actuariel, elles ne présentent pas de degré de couverture constant et ne doivent pas s'en tenir à un taux technique. A condition que l'expert en assurances de pension ait donné son aval, il n'est pas nécessaire d'élaborer un règlement des provisions.

Un règlement de liquidation partielle doit en principe être établi et soumis à l'autorité de surveillance pour approbation, car la loi ne prévoit aucune exception à l'art. 53b LPP. Mais comme les institutions 1e n'affichent en tout état de cause pas de fonds collectifs et qu'il ne peut pas non plus se produire de décou-

vert, il n'y aura en réalité ni répartition d'actifs, ni imputation de montants déficitaires.

Les prescriptions de placement et les principes de la LPP et de l'OPP 2 s'appliquent par analogie aux institutions de prévoyance 1e. C'est notamment le cas en ce qui concerne la diligence exercée pour les placements, l'appréciation de la sécurité compte tenu des actifs et des passifs, le principe d'une répartition appropriée des risques, les liquidités suffisantes et un rendement adéquat. L'élargissement des placements est soumis à certaines restrictions: les caisses 1e peuvent engager au maximum 5% de la fortune dans des placements et des participations non garantis auprès de l'employeur. Cette limite ne peut être dépassée. L'autorité de surveillance vérifie les règlements de placement et les stratégies de placement et contrôle en particulier l'existence formelle d'une stratégie de placement à faible risque, ainsi que le respect des prescriptions, ceci dans le cadre du compte rendu annuel.

Les institutions 1e existantes pourront seulement renoncer à la garantie LFLP si elles proposent aussi une stratégie de placement peu risquée.

Collectif d'assurés et affiliation

L'employeur convient de l'affiliation avec l'institution de prévoyance 1e et définit le collectif des salariés qui seront assurés sous le régime 1e. Les assurés ne peuvent donc pas choisir s'ils veulent s'affilier à l'institution de prévoyance 1e ou préfèrent rester couverts à hauteur de leur ancien plan dans l'ancienne institution de prévoyance. La délimitation se fait selon des critères objectifs et se base généralement sur les salaires minimaux légaux et sur la fonction qu'exerce un as-

EN BREF

De la fondation aux règlements en passant par les risques: qu'est-ce qui retient l'attention de la surveillance dans les institutions de prévoyance 1e?

suré dans l'entreprise. L'employeur ne décide pas seulement des catégories de personnes qui seront assurées dans un plan de prévoyance 1e, il peut aussi définir des exceptions. Ainsi, il peut décider que les personnes proches de la retraite au moment de l'introduction du régime 1e ne seront pas admises dans le plan 1e, d'autant qu'en cas de pertes de placement, elles ne pourront plus récupérer l'ancien niveau de prévoyance. Le cas échéant, l'âge limite d'admission dans le plan 1e devra être plafonné.

L'institution 1e doit informer les personnes assurées de manière adéquate sur les risques financiers avant de leur prodiguer des conseils sur les différentes opportunités de placement, les mettre en garde contre les décisions hâtives et expressément attirer leur attention sur les coûts. Les personnes assurées doivent confirmer par écrit qu'elles ont été dûment informées. L'organe de révision vérifie si c'est bien le cas dans le cadre de son mandat et l'autorité de surveillance lorsqu'elle contrôle les bases légales.

Principes de base et déclaration de l'expert 1e

Les principes de base de la prévoyance professionnelle s'appliquent également aux caisses 1e.

Le principe de collectivité doit notamment être respecté lors de la délimitation susmentionnée du collectif à assurer, ainsi que lors du choix des stratégies de placement et des plans de prévoyance. Chaque œuvre de prévoyance peut proposer au plus un choix de dix stratégies de placement. Et l'avoir d'une personne ne peut pas être réparti sur plusieurs stratégies de placement. Les assurés d'un collectif doivent tous pouvoir choisir les mêmes stratégies de placement. Le résultat d'une stratégie de placement est réparti entre les assurés adhérant à cette stratégie.

L'ordonnance définit de quelle manière l'adéquation d'un plan 1e peut être évaluée et contrôlée, en dépit des rendements très fluctuants. Elle stipule aussi que ce principe est applicable hors intérêts lors de la conception du tableau des rachats. Un assuré couvert par un plan 1e est en principe également assuré dans un plan de base. Il faudra donc toujours s'assurer de l'adéquation dans plusieurs rapports de prévoyance, sans égard au fait que les plans de prévoyance assurent les mêmes parts de salaire ou qu'il n'existe pas de chevauchement. La planifiabilité et l'égalité de traitement doivent aussi être respectées, en particulier au sein des différents collectifs. Enfin, le principe d'assurance garantissant des prestations minimales en cas de décès et d'invalidité est également valide pour les plans 1e. Contre ces risques sont régulièrement réassurés. Les prestations de vieillesse 1e sont fournies sous forme de capital dans la pratique, ce qui a pour conséquence d'éliminer le risque de longévité.

L'expert en assurances de pension doit certifier le respect des principes dans une déclaration spécifique pour experts 1e qui diffère de l'attestation d'expert ordinaire sur quelques points. Comme pour les autres institutions de prévoyance, il doit régulièrement établir une expertise actuarielle dans laquelle il confirme que les dispositions actuarielles réglementaires sur les prestations et le financement sont conformes aux prescriptions légales.

Transfert et garantie LFLP

Si un employeur s'affilie à une institution de prévoyance 1e, les assurés 1e restent assurés auprès de l'ancienne institution de prévoyance au moins à hauteur du salaire limite couvert par le fonds de garantie. La nouvelle assurance dans la caisse 1e ne déclenche donc pas de cas de libre passage, même si une partie de l'ancien avoir de vieillesse est transféré dans la caisse 1e. Après le transfert, l'avoir transféré ne bénéficie plus de la garantie minimale selon art. 15 à 17 LFLP.

Seuls peuvent être transférés dans le plan 1e les avoirs de vieillesse qui dépassent dans l'ancienne institution de prévoyance le rachat intégral des prestations réglementaires selon le plan de prévoyance existant sur la base du nouveau salaire assuré dans l'ancienne institution de prévoyance.

Si l'institution de prévoyance 1e propose une stratégie de placement à faible risque, elle ne doit offrir la garantie LFLP ni sur l'avoir nouvellement thésaurisé avec cette stratégie, ni sur l'avoir de vieillesse apporté dans la caisse 1e. En d'autres termes, un assuré qui quitte l'institution 1e ultérieurement ne pourra pas prétendre au minimum garanti par la LFLP.

La loi prévoit trois faits justifiant une liquidation partielle qui se réfèrent tous à l'effectif du personnel et sont exhaustifs selon le tribunal fédéral (cf. ATF 138 V 346 E.6.1; ATF 136 V 322 E.8.2). Un critère se fondant sur le transfert d'avoirs de vieillesse ne peut que compléter ces faits. Le transfert d'avoirs de vieillesse excédentaires dans une institution 1e ne déclenche donc pas de liquidation partielle. Si une institution de prévoyance soumet à son autorité de surveillance un règlement de liquidation partielle complété d'un tel fait, le passage en question ne pourra être approuvé.

Comme le transfert d'avoirs de vieillesse dans une institution 1e ne constitue pas une liquidation partielle, il n'est pas non plus nécessaire de transférer des réserves de fluctuations de valeur et des provisions techniques. Ces fonds restent donc dans l'ancienne institution de prévoyance.

Pour l'institution de prévoyance cédante, le transfert d'avoirs de vieillesse excédentaires peut se traduire par une réduction de la capacité d'exposition, étant donné qu'il en résulte une augmentation proportionnelle aussi bien des avoirs de vieillesse obligatoires par rapport aux avoirs subobligatoires que des capitaux de couverture des rentes par rapport aux avoirs de vieillesse des actifs. Les provisions techniques et réserves qui restent dans l'institution de prévoyance peuvent quelque peu amortir cette perte de capacité d'exposition. Mais l'institution de prévoyance cédante devra néanmoins vérifier sa stratégie de placement. Son expert devra analyser la sécurité financière et la confirmer. **I**

Tristan Imhof

La nouvelle situation

Depuis le 1^{er} octobre 2017, une institution de prévoyance 1e peut transférer aux assurés la valeur effective de leur avoir de prévoyance, même si les placements se sont soldés par une perte. Ceci à condition que l'institution:

- ait la forme d'une entité juridique distincte;
- assure exclusivement des salaires supérieurs à une fois et demie le montant-limite supérieur (suivant la limite du fonds de garantie, actuellement CHF 126 900);
- propose diverses stratégies de placement au choix, dont au moins une à faible risque, et qu'elle en informe ses assurés de manière suffisante.

Les institutions de prévoyance 1e existantes ont jusqu'à fin 2019 pour adapter leurs règlements et stratégies de placement aux nouvelles dispositions.